

Vorlage Stadtparlament

Datum 02. Juli 2024
Beschluss Nr. 4150
Aktenplan 810.01 Finanzhaushalt:
Rechtliches

Aufhebung des Reglements über den Finanzhaushalt der Stadt St.Gallen (Finanzreglement; SRS 811.1)

Antrag

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Es wird ein Nachtrag V zum Reglement über den Finanzhaushalt der Stadt St.Gallen vom 19. Mai 1987 (Finanzreglement; SRS 811.1) gemäss Beilage erlassen.
2. Es wird festgestellt, dass dieser Beschluss gemäss Art. 8 Abs. 1 Ziff. 1 der Gemeindeordnung (SRS 111.1) dem fakultativen Referendum untersteht.

Inhaltsverzeichnis

1	Ausgangslage	2
2	Aufhebung oder Totalrevision Finanzreglement	2
3	Kommentierung der aufgehobenen Bestimmungen	4
3.1	Kapitel 1: Zweck und Geltungsbereich	4
3.2	Kapitel 2: Grundsätze der Haushaltsführung	4
3.3	Kapitel 3: Grundsätze der Rechnungsführung	4
3.4	Kapitel 4: Begriffe und Aufbau des Rechnungswesens	4
3.5	Kapitel 5: Begriffe und Vorschriften des Kreditwesens	5
3.5.1	Allgemeines	5
3.5.2	Neue und gebundene Ausgaben	5
3.5.3	Art. 33, Verpflichtungskredit	7
3.5.4	Art. 34, b) Einholung	7
3.5.5	Art. 35, c) Bemessung	8
3.5.6	Art. 36, d) Folgekosten	9
3.5.7	Art. 37, e) Abrechnung	9
3.5.8	Art. 38, Zusatzkredit, a) Begriff und Einholung	9
3.5.9	Art. 39, b) Teuerungsbedingte Mehrkosten	11
3.5.10	Art. 40, c) Sonstige Mehrkosten	11
3.5.11	Art. 41, c) Orientierung der parlamentarischen Kommission	11
3.5.12	Art. 42, Budgetkredit	11
3.5.13	Art. 43, Nachtragskredite, a) Begriff und Einholung	11
3.5.14	Art. 44, b) Ausnahmen	12
3.6	Kapitel 6, Finanzielle Führungsinstrumente	12
3.6.1	Allgemeines	12
3.6.2	Art. 45, Investitionsplan / Art. 46, Finanzplan	12
3.6.3	Art. 47, Budgetrichtlinien	12
3.6.4	Art. 48, Voranschlag / Art. 49, Jahresrechnung	12

1 Ausgangslage

Das Finanzrecht der Stadt St.Gallen, niedergeschrieben in der Gemeindeordnung vom 8. Februar 2004 (SRS 111.1) sowie im Reglement über den Finanzhaushalt der Stadt St.Gallen vom 19. Mai 1987 (Finanzreglement; SRS 811.1), basiert auf dem gesamtschweizerischen Modell für die Harmonisierung, Gestaltung und Führung der Rechnungen öffentlicher Gemeinwesen (HRM1), welches in den 1970er und 1980er Jahren entwickelt und implementiert wurde. Entsprechend ist das Finanzrecht in der Zwischenzeit in die Jahre gekommen; es zeigen sich vermehrt Inkongruenzen zum aktuellen Verständnis des Finanzrechts sowie zu den Anforderungen des aktualisierten Harmonisierten Rechnungsmodells 2 (HRM2). Sichtbarster Ausdruck dieser Entwicklung sind die per 1. Januar 2019 in Kraft getretenen, revidierten Bestimmungen des kantonalen Gemeindegesetzes (GG; sGS 151.2) zum Finanzhaushalt in Art. 106 ff. GG. Diese enthalten detaillierte Regelungen zu den Grundsätzen und der Gliederung des Haushalts, zur Jahresrechnung und zum Budget, welche dazu dienen, das Rechnungsmodell der Gemeinden des Kantons St.Gallen (RMSG) von HRM1 auf HRM2 umzustellen. Verschiedene Bestimmungen des geltenden städtischen Finanzrechts – u. a. zur Budgetierung, zu Fonds, Vorfinanzierungen, Abschreibungen – berücksichtigen die neuen kantonalen Bestimmungen zu wenig bzw. stehen nun verschiedentlich sogar im offenen Widerspruch dazu. Dies wurde seitens des Kantons im Rahmen einer aufsichtsrechtlichen Prüfung explizit bemängelt.¹ Es ist deshalb angezeigt, das Finanzrecht der Stadt St.Gallen einer grundlegenden Überprüfung und Aktualisierung zu unterziehen, um die Konformität mit dem übergeordneten Recht wieder herzustellen. Gleichzeitig soll die Chance ergriffen werden, einige Neuerungen einzuführen, welche sich in der Praxis als sinnvoll bzw. nützlich erweisen können.

Die Aktualisierung des Finanzrechts der Stadt St.Gallen erfolgt zweigeteilt. So soll die Gemeindeordnung mittels eines Nachtrags VIII so weit aktualisiert werden, dass die Anforderungen des übergeordneten Rechts erfüllt werden. Daneben wird dem Stadtparlament im Rahmen der vorliegenden zweiten Vorlage die ersatzlose Aufhebung des Finanzreglements unterbreitet, wobei die beiden Vorlagen eng aufeinander abgestimmt sind.

2 Aufhebung oder Totalrevision Finanzreglement

Die aufsichtsrechtliche Prüfung seitens des Kantons hat in Bezug auf die Vereinbarkeit des städtischen Finanzreglements mit dem übergeordneten Gemeindegesetz verschiedene Diskrepanzen zu Tage gefördert. Ganz generell wurde das aktuelle Finanzreglement als veraltet und verschiedentlich als nicht mehr konform mit dem revidierten Gemeindegesetz eingestuft, wobei namentlich die Artikel zu den Fonds, zur Vorfinanzierung, zu den Abschreibungen sowie zum Kreditrecht genannt wurden.

Dieser Befund vermag bei einer genaueren Prüfung sowohl des revidierten kantonalen Gemeindegesetzes als auch des bestehenden städtischen Finanzreglements nicht zu überraschen. Zweck der im Jahr 2019 in Kraft getretenen Revision des Gemeindegesetzes war, das Rechnungsmodell der Gemeinden des Kantons St.Gallen von HRM1 auf HRM2 umzustellen und damit verbunden weitere Anliegen der Gemeinden im Zusammenhang mit der finanziellen Führung umzusetzen (vgl. Botschaft der Regierung zum Nachtrag zum Gemeindegesetz vom 6. Oktober 2015, S. 2). Hierzu wurde namentlich Teil VI, Finanzhaushalt, grundlegend überarbeitet, ergänzt und substanziell erweitert. Der

¹ Siehe dazu Verfügung des Departements des Innern vom 24. Oktober 2022 zur aufsichtsrechtlichen Prüfung der Stadt St.Gallen.

neu aufgestellte Teil VI des Gemeindegesetzes enthält nicht nur formal mehr als doppelt so viele Artikel, sondern materiell auch detaillierte Vorgaben zur Haushaltsführung, von den Grundsätzen über die Gliederung und die Gestaltung von Jahresrechnung und Budget bis hin zum Kreditrecht. Diesen Vorgaben wird das bestehende städtische Finanzreglement aus dem Jahr 1987, welches der Einführung von HRM1 diente, oftmals nicht oder ungenügend gerecht. Damit ist der Revisionsbedarf in Bezug auf das städtische Finanzreglement ausgewiesen.

Bei der Festlegung der Stossrichtung der Revision des Finanzreglements lohnt sich ein prüfender Blick auf dessen Struktur und Inhalt. Dabei fällt auf, dass das Finanzreglement sehr begriffslastig ist, wie bereits die Gliederung zeigt: Nach «Zweck und Geltungsbereich» werden die «Grundsätze der Haushaltsführung resp. der Rechnungsführung» geregelt, gefolgt von den Kapiteln «Begriffe und Aufbau des Rechnungswesens» sowie «Begriffe und Vorschriften des Kreditwesens» hin zu «Instrumenten der Haushaltsführung». Dieser Drall zum Begrifflichen bzw. zum Definitorischen erklärt sich aus der Entstehungsgeschichte des Finanzreglements: Der damalige städtische Gesetzgeber versuchte, gestützt auf die wenig detaillierten Vorgaben des damaligen Gemeindegesetzes von 1979, HRM1 möglichst detailgetreu gesetzgeberisch abzubilden, was zu einer hohen Formalisierungsdichte führte.

Heute präsentieren sich die legistischen Rahmenbedingungen völlig anders. Das revidierte kantonale Gemeindegesetz enthält selbst detaillierte materielle Vorgaben zum Finanz- und Haushaltsrecht. Damit wird nun augenfällig, was aufgrund der Rangordnung der Rechtsordnungen bereits bis anhin Geltung hatte: Die finanzrechtlichen Begriffe haben ihre Grundlage nicht im kommunalen, sondern im übergeordneten kantonalen Recht und werden durch die Ausführungsvorschriften, die Materialien, das Handbuch RMSG² sowie verschiedentlich durch eine reichhaltige Rechtsprechung des Bundesgerichts konkretisiert.³ Entsprechend verfügen viele der Bestimmungen im städtischen Finanzreglement über keinen eigenständigen normativen Gehalt: Im besten Fall geben sie das übergeordnete Recht korrekt wieder, im schlechtesten Fall stehen sie mittlerweile dazu im Widerspruch, was dazu führt, dass ihnen die Anwendung zu versagen ist. Um Missverständnisse zu vermeiden, wären allfällige Änderungen des übergeordneten Rechts zudem kontinuierlich nachzuführen. Aus diesem Grund ist auf derartige rein deklarative Bestimmungen möglichst zu verzichten bzw. können sie im vorliegenden Fall ersatzlos aufgehoben werden.

Eine artikelweise Durchsicht des bestehenden Finanzreglements fördert denn auch zu Tage, dass die grosse Mehrheit der Bestimmungen heute eine explizite Grundlage im revidierten Gemeindegesetz oder in dessen Ausführungserlassen hat: Die Grundsätze der Haushaltsführung werden in Art. 106 f. GG, der Aufbau des Rechnungswesens in Art. 106b ff. GG ausführlich geregelt. Einzig das Kreditrecht in Art. 116 ff. GG blieb grossmehrheitlich unverändert. Entsprechend kann – gestützt auf die vorstehend erwähnte legistische Maxime, wonach auf Wiederholungen in untergeordneten Erlassen möglichst zu verzichten ist – die Mehrheit der Bestimmungen des aktuellen Finanzreglements ersatzlos gestrichen werden.

Damit stellt sich unweigerlich die Frage, ob nicht der Erlass als Ganzes ersatzlos aufzuheben ist – zumal die Beispiele aller anderen St.Galler Gemeinden, die – soweit ersichtlich – über kein eigenständiges

² Amt für Gemeinden und Bürgerrecht, Handbuch RMSG, St.Gallen (abrufbar unter <https://www.sg.ch/politik-verwaltung/gemeinden/gemeindefinanzen/rechnungslegung--rmsg-.html>).

³ Einen immer noch guten Überblick bietet auch die Dissertation von Arta Hans-Rudolf, Die Zuständigkeitsordnung nach dem st.gallischen Gemeindegesetz in der politischen Gemeinde mit Bürgerversammlung, Diss., Wil 1990.

Finanzreglement verfügen, zeigen, dass es auch ohne geht. Die Beibehaltung eines totalrevidierten und verschlankten Finanzreglements macht dann Sinn, wenn es finanzrechtliche Fragestellungen gibt, bei denen sowohl ein Regelungsspielraum als auch ein Regelungsbedarf auf kommunaler Ebene besteht. Dies wäre am ehesten im Kreditrecht sowie bei den finanziellen Führungsinstrumenten gegeben, zumal die gemeindegesetzlichen Vorgaben hier weniger detailliert ausfallen. Allerdings existieren auch in diesen Bereichen weitergehende Vorschriften auf Stufe Ausführungsbestimmungen und Handbuch RMSG, so dass sich der Regelungsspielraum stark verengt. Entsprechend wird, ganz im Sinne einer Entschlackung der städtischen Gesetzessammlung, auf die Beibehaltung eines eigenen städtischen Finanzreglements verzichtet und das bestehende, veraltete Finanzreglement ersatzlos aufgehoben.

Ungeachtet seiner Defizite dient das aktuelle Finanzreglement sowohl der Bevölkerung als auch den Mitgliedern des Stadtparlaments und den Verwaltungsmitarbeitenden als Informationsquelle und Arbeitsmittel zur korrekten Anwendung des kantonalen und kommunalen Finanzrechts. Diese wichtige Funktion soll mit der ersatzlosen Aufhebung des Finanzreglements nicht einfach verloren gehen. Vielmehr ist geplant, verschiedene Bestimmungen des Finanzreglements in eine stadträtliche Weisung zur Anwendung des kantonalen Finanzrechts in der Stadt St.Gallen zu integrieren, die auch dem Stadtparlament und auf Anfrage der Bevölkerung zugänglich gemacht wird. Damit ist sichergestellt, dass alle Anspruchsgruppen weiterhin über ein adäquates Hilfsmittel verfügen.

3 Kommentierung der aufgehobenen Bestimmungen

3.1 Kapitel 1: Zweck und Geltungsbereich

Kapitel 1 enthält den Einleitungsteil des Finanzreglements, welcher bei der Aufhebung des Erlasses ohne Weiteres als gegenstandslos dahinfällt.

3.2 Kapitel 2: Grundsätze der Haushaltsführung

Die in Art. 3 bis 6 Finanzreglement festgehaltenen Grundsätze der Haushaltsführung – Rechtmässigkeit, Wirtschaftlichkeit, Haushaltsgleichgewicht sowie Verbot der Zweckbindung der Hauptsteuer – finden sich, mit Ausnahme des letztgenannten, wörtlich oder sinngemäss in Art. 106 GG. Dass für die unselbständigen öffentlich-rechtlichen Unternehmen Kehr- und Heizkraftwerk, Stadtwerke und Verkehrsbetriebe eigene Rechnungen zu führen sind, ergibt sich aus Art. 107 Abs. 2 GG i.V.m. Art. 46 Gemeindeordnung. Entsprechend kann das Kapitel 2 ersatzlos aufgehoben werden, zumal sich der Grundsatz des Verbots der Zweckbindung der Hauptsteuer aus den allgemein anerkannten finanzrechtlichen Prinzipien bzw. der Existenz von Zwecksteuern ableiten lässt.

3.3 Kapitel 3: Grundsätze der Rechnungsführung

Die Grundsätze der Rechnungsführung gemäss Art. 7 bis 10 Finanzreglement – Einheitlichkeit, Vollständigkeit, Bruttodarstellung, Sollverbuchung – werden neu explizit in Art. 106a GG erwähnt und im RMSG-Handbuch konkretisiert. Einzig die Grundsätze zur Spezialität (Art. 11 bis 13 Finanzrecht) finden in Art. 106a Abs. 3 GG nur bedingt Widerhall, werden jedoch im RMSG-Handbuch, Kapitel 18, Kreditrecht, festgeschrieben. Kapitel 3 kann folglich ersatzlos gestrichen werden.

3.4 Kapitel 4: Begriffe und Aufbau des Rechnungswesens

Die in Art. 14 bis 32 Finanzreglement niedergeschriebenen Bestimmungen finden sich neu grossmehrheitlich bereits im Gemeindegesetz. Inhalt und Struktur der Jahresrechnung werden detailliert in

Art. 107 ff. GG aufgelistet, von der Gliederung der Bilanz (Art. 110f ff. GG) über das Fremd- und Eigenkapital inkl. Fonds, Spezialfinanzierungen, Reserven und Vorfinanzierungen (Art. 110k ff. GG) bis zu Bewertung und Abschreibung (Art. 110h und Art. 110j GG). Zudem äussert sich die kantonale Verordnung über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 21. März 2017 (FHGV; sGS 151.53) verschiedentlich in diesem Bereich, namentlich mit Regelungen zur Bilanzierung (Bewertung, Abschreibung etc., Art. 6 ff. FHGV), zur internen Verrechnung (Art. 2 FHGV) und zur Investitionsrechnung (Art. 5 FHGV). Im RMSG-Handbuch schliesslich werden diese Regelungen weiter präzisiert und erläutert. Damit besteht bezüglich Begriffe und Aufbau des Rechnungswesens ein dichtes Netz an kantonalen Vorgaben, weshalb auch Kapitel 4 ersatzlos aufgehoben werden kann.

3.5 Kapitel 5: Begriffe und Vorschriften des Kreditwesens

3.5.1 Allgemeines

Im Unterschied zu den vorgenannten Kapiteln wird das Kredit- und Ausgabenrecht in Art. 116 ff. GG und Art. 26 FHGV nur rudimentär behandelt. Dies ist bedauerlich, zumal es sich dabei um in der Praxis zentrale Fragen für das Funktionieren der Verwaltung sowie das Zusammenspiel zwischen Stadtrat bzw. Verwaltung, Stadtparlament und Bürgerschaft handelt. Entsprechend sind die einschlägigen Bestimmungen in Art. 33 ff. Finanzreglement nicht einfach aufzuheben, sondern in überarbeiteter, wieder mit dem Gemeindegesetz in Einklang stehender Form in eine stadträtliche Weisung zu überführen. Dies namentlich aus folgendem Grund:

Das Finanzrecht der Stadt St.Gallen stützt sich bisher, in Anlehnung an die damaligen Mustervorschriften zu HRM1, auf das Modell des «dualen Ausgabenbewilligungsverfahrens» und unterscheidet entsprechend zwischen Verpflichtungskrediten und Budgetkrediten sowie konsequenterweise auch zwischen Zusatzkrediten (zu Verpflichtungskrediten) und Nachtragskrediten (zu Budgetkrediten).⁴ Ein Verpflichtungskredit ermächtigt dabei die Vollzugsbehörde, bis zu einer bestimmten Summe für einen bestimmten Zweck finanzielle Verpflichtungen einzugehen. Nicht darin enthalten ist jedoch die Ermächtigung zur Vornahme der entsprechenden Zahlungen bzw. Belastung der Rechnung. Hierzu benötigt es zusätzlich einen Budgetkredit.⁵

Diese Unterscheidung in Verpflichtungskredit und Budgetkredit findet sich jedoch nicht im Gemeindegesetz: Gemäss Art. 116 GG tätigt der Rat Ausgaben nur im Rahmen eines Kredits; reicht dieser nicht aus, wird vor der Mehrausgabe ein Nachtragskredit eingeholt. Unter den Begriff «Nachtragskredit» werden mithin sowohl die Zusatzkredite (zu Verpflichtungskrediten) als auch die Nachtragskredite (zu Budgetkrediten) subsumiert. Auch wenn materiell eine Unterscheidung zwischen Verpflichtungskredit und Budgetkredit bzw. Zusatzkredit und Nachtragskredit durchaus angezeigt und auch unter Art. 116 GG möglich ist, soll die formale Bezeichnung der Kreditarten in der stadträtlichen Weisung mittels alleiniger Verwendung des Begriffspaares «Kredit / Nachtragskredit» an das Gemeindegesetz angeglichen werden, um zukünftige Missverständnisse zu vermeiden.

3.5.2 Neue und gebundene Ausgaben

Alle Ausgaben, die nicht gebunden sind, sind neu.⁶ Interessanterweise wird der Begriff der gebundenen Ausgabe im geltenden Finanzreglement kein einziges Mal erwähnt, obwohl es sich hierbei um einen

⁴ Allgemein zum dualen Ausgabenbewilligungsverfahren Peter Saile / Marc Burgherr / Theo Loretan, Verfassungs- und Organisationsrecht der Stadt Zürich, Zürich/St.Gallen 2009, N 666 ff.

⁵ Vgl. Saile / Burgherr / Loretan, a.a.O., N 669, N 675; Arta, a.a.O., S. 123, 142.

⁶ Handbuch RMSG, 18.3.1.

für das Verständnis des Kreditrechts zentralen Begriff handelt und das Finanzreglement implizit durch- aus Regelungen zu gebundenen Ausgaben enthält (vgl. Art. 39, Art. 44). Die gebundenen Ausgaben sind in Art. 118 Bst. b GG geregelt. Danach kann der Rat eine Ausgabe tätigen, wenn Gesetzgebung, Erlasse der Gemeinde oder andere rechtliche Verpflichtungen keinen grösseren Ermessensbereich offenlassen. Bei der Beurteilung, ob im konkreten Fall ein solcher Ermessensbereich besteht, sind die vom Bundesgericht erarbeiteten Grundsätze zu beachten.

Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichts gelten Ausgaben dann als gebunden, wenn sie durch einen Rechtssatz prinzipiell und dem Umfang nach vorgeschrieben oder zur Erfüllung der gesetzlich geordneten Verwaltungsaufgaben unbedingt erforderlich sind. Gebunden ist eine Ausgabe ferner, wenn anzunehmen ist, die Stimmberechtigten hätten mit einem vorausgehenden Grunderlass auch die aus ihm folgenden Aufwendungen gebilligt, falls ein entsprechendes Bedürfnis voraussehbar war oder falls es gleichgültig ist, welche Sachmittel zur Erfüllung der vom Gemeinwesen mit dem Grunderlass übernommenen Aufgaben gewählt werden. Als Grunderlasse, die zu einer Bindung der Ausgaben führen, fallen allgemein verbindliche Erlasse des kommunalen und übergeordneten Rechts, Verfügungen und Entscheide staatlicher Instanzen (Gerichtsentscheide, aufsichtsrechtliche Anordnungen) oder frühere Grundsatz- und Ausgabenbeschlüsse (insbesondere in Bezug auf die Folgekosten) in Betracht.

Es kann aber selbst dann, wenn das «Ob» weitgehend durch den Grunderlass präjudiziert ist, das «Wie» wichtig genug sein, um die Mitsprache der Bürgerschaft zu rechtfertigen. Immer dann, wenn der entscheidenden Behörde in Bezug auf den Umfang der Ausgabe, den Zeitpunkt ihrer Vornahme oder andere Modalitäten eine verhältnismässig grosse Handlungsfreiheit zusteht, ist eine neue Ausgabe anzunehmen. Mit anderen Worten ist massgebend, ob der Ausgabenentscheid durch den Grunderlass schon so weit präjudiziert ist, dass «eine Volksabstimmung eine sinnlose Wiederholung eines bereits gefällten (direkten oder indirekten Volks-)Entscheids bedeutet und einzig dessen Vollzug behindern würde». ⁷ Es ist weder sinnvoll noch notwendig, die Bürgerschaft über eine (gebundene) Ausgabe beschliessen zu lassen, die so präjudiziert ist, dass sie gar nicht abgelehnt werden könnte.

Bei den gebundenen (sowie den dringlichen) Ausgaben handelt es sich um eine spezielle Art des Ausgabenvollzugs (ohne Kreditbeschluss): Für gebundene Ausgaben ist kein (Verpflichtungs-)Kreditbeschluss, weder seitens des Stadtparlaments noch der Bürgerschaft, erforderlich. Der Stadtrat ist jedoch gestützt auf den Budgetgrundsatz der Vollständigkeit gehalten, gebundene Ausgaben ins jeweilige Budget einzustellen. Das Stadtparlament kann gebundene Ausgabenpositionen im Budget grundsätzlich nicht anpassen. Eine im finanz- bzw. kreditrechtlichen Sinn gebundene Ausgabe kann jedoch in Ausnahmefällen gleichwohl beim Budget einen nicht gebundenen Budgetposten darstellen. In diesem Fall kann das Stadtparlament die entsprechende Ausgabe beim Erlass des Budgets verändern. Ist die Ausgabe hingegen auch budgetrechtlich gebunden, besteht diese Möglichkeit nicht.⁸

⁷ Vgl. bspw. BGE 141 I 130, E. 4.1; Urteil BGer 1C_567/2022 vom 2. August 2023, E. 3.1; Handbuch RMSG, 18.3.1, m.w.H.

⁸ Vgl. Entscheid Departement des Innern vom 7. Juni 2004, GVP 2004 Nr. 81, E. 3 c): «Mit dem Begriff der Gebundenheit von Ausgaben nicht identisch ist der Begriff der Gebundenheit von Voranschlagsposten. Es ist denkbar, dass Ausgaben, die im finanzrechtlichen Sinn gebunden sind, budgetrechtlich nicht gebunden und damit der Veränderung durch die Bürgerschaft beim Erlass des Voranschlages zugänglich sind. Dies ist dann der Fall, wenn die gebundene Ausgabe in Bezug auf ihre Höhe, auf die zeitliche Verwirklichung oder auf die genauen Ausführungsmodalitäten einen gewissen Handlungsspielraum offenlässt. Kann eine Ausgabe nicht verweigert werden, ohne eine konkrete Vorschrift oder einen konkreten Beschluss zu missachten, ist sie budgetrechtlich gebunden. Die Konkretisierung muss ein solches Ausmass annehmen, dass eine Ausgabe nicht nur durch

Art. 118 GG findet auch Anwendung bei unterjährigen Ausgabenbeschlüssen (ausserhalb des Budgets). In einem solchen Fall ersetzt die Dringlich- bzw. Gebundenerklärung durch den Stadtrat sowohl den Verpflichtungs- als auch den Budgetkredit, und die Ausgaben werden durch den Stadtrat direkt zuhanden der jeweiligen Rechnung freigegeben. Entsprechend entfällt auch ein allfälliger (Budget-) Nachtragskredit. Dies bedeutet aber auch, dass unterjährig als dringlich oder gebunden erklärte Ausgaben grundsätzlich lediglich im jeweiligen Rechnungsjahr getätigt werden können. Sofern unterjährig beschlossene gebundene Ausgaben eine mehrjährige Verpflichtung begründen sollen, sind die Ausgaben ins nächste Budget (als gebundene Ausgabe) aufzunehmen.⁹

3.5.3 Art. 33, Verpflichtungskredit

Die Definition des Begriffs «Kredit» findet sich neu allein im Handbuch RMSG: Der Kredit ermächtigt und verpflichtet den Rat, das entsprechende Vorhaben zu realisieren und die entsprechende Ausgabe zu tätigen. Einem Kredit liegt damit immer ein bestimmtes Vorhaben zugrunde; dieses wird aber mit dem Kreditbeschluss nur mittelbar genehmigt; das heisst, dem Rat bleibt demgemäss, je nach Ausgestaltung und Detaillierung des Vorhabens bei der Krediterteilung, ein mehr oder weniger grosser Spielraum für die Realisierung.¹⁰

Jeder (Verpflichtungs-)Kredit darf nur seiner Bestimmung gemäss verwendet werden. Er darf weder für eine andere Aufgabenerfüllung beigezogen noch mit einer neuen Zwecksetzung versehen werden. Wenn der ursprüngliche Zweck nicht mehr erreicht werden kann oder eine Zweckänderung in grösserem Umfang erforderlich ist, wird der ursprüngliche Kredit hinfällig und es bedarf eines nochmaligen Entscheids des zuständigen Gemeindeorgans.¹¹

3.5.4 Art. 34, b) Einholung

Die Einholung von Krediten wird in Art. 117 GG geregelt, weshalb Art. 34 Finanzreglement inklusive der bisherigen beispielhaften Aufzählung von Verpflichtungskreditatbeständen in Abs. 1 als überflüssig aufgehoben und auch nicht in die stadträtliche Weisung überführt wird. Art. 117 Abs. 1 GG, der in Art. 66 Abs. 1 Gemeindeordnung wiederholt wird, stellt klar, dass ein (Verpflichtungs-)Kredit sowohl mittels besonderen Beschlusses als auch im Rahmen des Budgets, als sog. «konstitutiver Budgetbeschluss»¹², gesprochen werden kann. In letzterem Fall sind einige Besonderheiten zu beachten:¹³ Ein konstitutiver Budgetbeschluss muss im Budget als solcher ersichtlich und genügend spezifiziert sein. Namentlich Höhe, Zweck und Periodizität der Ausgabe müssen aus dem Budgetposten klar hervorgehen.

Mit konstitutiven Budgetbeschlüssen können grundsätzlich auch mehrjährige Verpflichtungen begründet werden, selbst wenn das Budget dem Jährlichkeitsprinzip untersteht. Im ersten Jahr fallen dabei die

den allgemeinen Zweck im Grundsatz, sondern auch in ihrer Höhe festgelegt und genau bestimmbar ist und zudem auch in ihrer zeitlichen Realisierung als zwingend erscheint». Zum Ganzen auch Saile / Burgherr / Loretan, a.a.O., N 678 ff.

⁹ Es handelt sich hier sozusagen um einen «unechten» Verpflichtungskredit.

¹⁰ Handbuch RMSG, 18.1, m.w.H.

¹¹ Handbuch RMSG, 18.1. Vgl. auch Entscheid Regierungsrat vom 26. April 1983, GVP 1984 Nr. 82; Saile Peter, Das Recht der Ausgabenbewilligung der zürcherischen Gemeinden, St.Gallen 1991, S. 211 ff.

¹² Vgl. Arta, a.a.O., S. 130 f. Zum konstitutiven Budgetbeschluss vgl. Saile, a.a.O., S. 151 ff.

¹³ Vgl. zum Folgenden Saile, a.a.O., S. 152 ff.; Amt für Gemeinden und Bürgerrecht, Merkblatt über Ausgaben, St.Gallen, Dezember 2021, S. 7 (abrufbar unter <https://www.sg.ch/politik-verwaltung/gemeinden/gemeindefinanzen/rechnungslegung--rmsg-.html>).

Erteilung des Verpflichtungs- und des Budgetkredits zusammen, in den folgenden Jahren ist eine entsprechende Tranche (als gebundene Ausgabe) ins jeweilige Budget einzustellen. Dabei kommt der Spezifikation bezüglich der Gesamthöhe bei der erstmaligen Einstellung ins Budget eine grosse Bedeutung zu. Ebenfalls auszuweisen sind zudem allfällige (Investitions-)Folgekosten.¹⁴

Die ersatzlose Aufhebung von Art. 34 Abs. 2 Finanzreglement bedeutet nicht, dass die bestehende städtische Praxis zum Rahmenkredit ebenso dahinfällt. Auch wenn das Gemeindegesetz und dessen Ausführungserlasse den Rahmenkredit nicht ausdrücklich erwähnen, ist dessen grundsätzliche Zulässigkeit unbestritten und entspricht einer langjährigen Praxis der Stadt St.Gallen.¹⁵ Entsprechend wird dem Rahmenkredit in der stadträtlichen Weisung ein fester Platz eingeräumt. Wie bisher obliegt es grundsätzlich dem Stadtrat, die jeweiligen Tranchen festzulegen und in das Budget einzustellen. Das Stadtparlament hat in diesem Zeitpunkt die Bindung, die sich aus dem Rahmenkredit ergibt, bei der Budgetierung zu respektieren. Es kann keine Rahmenkreditbeschlüsse ändern, die zuvor dem Referendum unterstanden haben. Vielmehr ist es grundsätzlich dazu verpflichtet, die hierfür erforderlichen Mittel ins Budget einzustellen. Abhängig von der konkreten Ausgestaltung des Rahmenkredits ist es jedoch denkbar, dass ein gewisser Spielraum bei der Budgetierung, namentlich bezüglich der zeitlichen Staffelung der Kreditabwicklung, besteht, der durch das Stadtparlament eingefordert werden kann. Allerdings darf es dabei weder die Ausschöpfung des Rahmenkredits als Ganzes verhindern noch die Kompetenz des Stadtrats zur Festsetzung der Kredit-Tranchen zu stark einengen.¹⁶

Die bisherige, aufzuhebende Regelung in Art. 34 Abs. 3 Finanzreglement, welche die Gebote der Einheit des Zwecks und der Materie festschreibt,¹⁷ findet sich im Handbuch RMSG, 18.3.3 f.

3.5.5 Art. 35, c) Bemessung

Die Bemessung der Kredithöhe und die Anwendbarkeit des sog. Nettoprinzips findet sich im Handbuch RMSG, 18.3.5. In Ergänzung der Ausführungen im Handbuch RMSG ist auf folgende Besonderheiten hinzuweisen:

- Eine Aufteilung in gebundene und neue Ausgaben und deren besondere kreditrechtliche Bewilligung (sog. Splitting) ist zulässig.¹⁸
- Sofern die Mehrwertsteuer weitergegeben werden kann, sind (Verpflichtungs-)Kredite ohne Mehrwertsteuer einzuholen.
- Entnahmen aus Fonds dürfen bei der Ermittlung der massgeblichen Kosten nach dem Nettoprinzip nicht ohne Weiteres von den Gesamtkosten der Vorlage in Abzug gebracht werden.¹⁹

¹⁴ Vgl. unten, Ziff. 3.5.6.

¹⁵ Vgl. Arta, a.a.O., 124 f.

¹⁶ Vgl. allgemein zum Verhältnis zwischen Verpflichtungs- und Budgetkredit Saile Peter, Das Recht der Ausgabenbewilligung der zürcherischen Gemeinden, St.Gallen 1991, S. 145.

¹⁷ Vgl. Arta, a.a.O., S. 117 ff.; Saile / Burgherr / Loretan, a.a.O., N 696 ff. Zum Grundsatz der Einheit vgl. auch Urteil Verwaltungsgericht SG B 2013/150 vom 14. Mai 2014, GGVP: Eine Vorlage in Form von drei Krediten, welche von der Bürgerschaft im Rahmen des Voranschlags 2013 genehmigt wurde, verletzt den Grundsatz der Einheit der Materie nicht, zumal die drei Strassenetappen unabhängig voneinander realisiert werden können.

¹⁸ Vgl. Handbuch RMSG, 18.3.1, 18.3.5, *in fine*. Zum Splitting eingehend auch Saile / Burgherr / Loretan, a.a.O., N 624.

¹⁹ BGE 122 I 11.

3.5.6 Art. 36, d) Folgekosten

Der Umgang mit Folgekosten wird im Gemeindegesetz und im Handbuch RMSG wenn überhaupt, dann nur am Rande gestreift. Entsprechend gilt es, hierzu in der stadträtlichen Weisung einige Ausführungen zu machen: Investitionen bewirken künftige finanzielle, betriebliche oder personelle Folgekosten. Diese Folgekosten werden bei der Bestimmung der Höhe einer Ausgabe nicht zum (Verpflichtungs-)Kredit des Vorhabens hinzugerechnet. Sie gelten aber in Zukunft als gebundene Ausgaben. Daher sind die Folgekosten im Bericht zum (Verpflichtungs-)Kredit bzw. bei einem konstitutiven Budgetbeschluss im Budget selbst auszuweisen.²⁰

3.5.7 Art. 37, e) Abrechnung

Über die Abrechnung von (Verpflichtungs-)Krediten schweigen sich das Gemeindegesetz sowie das Handbuch RMSG aus. Entsprechend wäre hier der Regelungsspielraum für kommunale Sonderregelungen grundsätzlich gegeben. Ein kommunaler Regelungsbedarf lässt sich allerdings nur begrenzt finden: Der Grossteil des Regelungsgehalts von Art. 37 Finanzreglement lässt sich ohne Weiteres in eine stadträtliche Weisung oder gegebenenfalls in das Geschäftsreglement des Stadtrats vom 2. Dezember 2004 (SRS 173.1) überführen, sofern es einer Regelung überhaupt noch bedarf. Lediglich die aktuelle Regelung in Art. 37 Abs. 5 Finanzreglement betreffend Kenntnissgabe von der Aufhebung von Verpflichtungskrediten, welche den Stadtrat zur Kenntnissgabe verpflichtet, verliert durch die ersatzlose Streichung ihren zwingenden Charakter dahingehend, dass der Stadtrat beim Erlass der stadträtlichen Weisung nicht zu deren Übernahme verpflichtet ist.

3.5.8 Art. 38, Zusatzkredit, a) Begriff und Einholung

Der Zusatzkredit (zu einem Verpflichtungskredit) wird abschliessend in Art. 116 Abs. 2 GG geregelt, unter Verwendung des Begriffs «Nachtragskredit». Der Verzicht auf eine Unterscheidung zwischen der Erhöhung eines Verpflichtungskredits sowie der Erhöhung eines Budgetkredits in Art. 116 Abs. 2 GG, welches in beiden Fällen von «Nachtragskredit» spricht, macht die korrekte finanzrechtliche Behandlung der Zusatz- bzw. Nachtragskredite nicht einfach. In der Folge sollen die wichtigsten Punkte, welche auch in die stadträtliche Weisung aufgenommen werden, noch einmal erwähnt werden:

Reicht ein (Verpflichtungs-)Kredit nicht aus, ist grundsätzlich ein Nachtragskredit (zum Verpflichtungskredit) einzuholen. Für gebundene Mehrausgaben dagegen ist kein Nachtragskredit einzuholen. Sie werden, wie andere gebundene Ausgaben, vom Stadtrat beschlossen. Gebunden ist eine Mehrausgabe, die sich während der Ausführung des Vorhabens als unvermeidlich und unvorhersehbar erweist (z. B. neue gesetzliche Grundlage, Teuerung, Massnahmen zur Sicherung des Baugrunds oder die Folge kleinerer Projektmodifikationen). Da die Mehrausgaben unabdingbar sind, besteht kein erheblicher Entscheidungsspielraum.²¹

Ein Nachtragskredit darf nicht dazu führen, dass der Zweck, für den der (Verpflichtungs-)Kredit bewilligt wurde, eine wesentliche Änderung erfährt. Auch eine wesentliche Erweiterung des Zwecks ist eine wesentliche Zweckänderung. Sind die Mehrkosten mit einer wesentlichen Änderung des bewilligten Vorhabens verbunden, ist ein neuer (Verpflichtungs-)Kredit im Umfang der Gesamtausgaben (Ausgabenbetrag des ursprünglichen [Verpflichtungs-]Kredits plus Mehrausgaben) einzuholen.²²

²⁰ So explizit Direktion der Justiz und des Innern, Gemeindeamt Kanton Zürich, Handbuch über den Finanzhaushalt der Zürcher Gemeinden, Zürich 2018. Vgl. auch Saile, a.a.O., S.197.

²¹ Vgl. Saile, a.a.O., S. 174 f.

²² Vgl. Saile / Burgherr / Loretan, a.a.O., N 725.

Kein Nachtragskredit, sondern ein neuer (Verpflichtungs-)Kredit ist einzuholen, wenn eine neue Ausgabe vorliegt, zu der noch kein Verpflichtungskredit (weder als besonderer Beschluss noch als konstitutiver Budgetbeschluss) gesprochen wurde. Diese (Verpflichtungs-)Kredite sind im gesetzlich vorgesehenen Verfahren vom gemäss Anhang zur Gemeindeordnung zuständigen Organ zu beschliessen.

Die Zuständigkeit zur Genehmigung des Nachtragskredits (zu einem Verpflichtungskredit) richtet sich grundsätzlich nach der Höhe der Mehrausgaben (und nicht nach dem Gesamtbetrag): Die Zuständigkeitsregelungen beziehen sich nämlich darauf, was für ein Beschluss getroffen wird, und nicht darauf, ob allenfalls ein früherer Beschluss oder welcher frühere Beschluss geändert wird. Allerdings darf diese Regelung nicht dazu führen, dass etappenweise beschlossen wird, um das Ausgabenreferendum zu umgehen; in einem solchen Fall, der als Rechtsmissbrauch zu qualifizieren wäre, müssten die Ausgaben aufgrund der verschiedenen Beschlüsse zusammengezählt werden.²³

Zuständig für die Gewährung eines Nachtragskredits zu einem Budgetkredit ist dagegen grundsätzlich immer das Stadtparlament. Dringliche und gebundene Mehrausgaben bedürfen keines (Budget-) Nachtragskredits, sind jedoch ebenfalls vor der Mehrausgabe durch den Stadtrat als dringlich oder gebunden zu erklären. Gleiches muss für unvorhersehbare Ausgaben gelten, weil ansonsten die Kompetenz des Stadtrats zum Beschluss dieser Ausgaben zu stark eingeschränkt wird.

Bei mit besonderem Beschluss im laufenden Rechnungsjahr gewährten (Verpflichtungs-)Krediten für neue Ausgaben braucht es keinen separaten (Budget-)Nachtragskredit.²⁴ Gleiches gilt, wenn ein Nachtragskredit zu einem Verpflichtungskredit gesprochen wird. Im umgekehrten Fall, bei Überschreitung eines Budgetkredits als Teilkredit eines mehrjährigen Verpflichtungskredits, ist jedoch immer ein (Budget-)Nachtragskredit erforderlich, selbst wenn der Verpflichtungskredit als Ganzes nicht überschritten wird.²⁵

In der stadträtlichen Weisung soll neu festgelegt werden, dass Nachtragskredite dem Stadtparlament in der Form von Sammelanträgen unterbreitet werden sollen, wobei eine einheitliche Periodizität (bspw. vierteljährlich) anzustreben ist. Im Sammelkredit zuhanden des Stadtparlaments sind der Klarheit halber Nachtragskredite zu Verpflichtungskrediten und Nachtragskredite zu Budgetkrediten gesondert auszuweisen, auch wenn in beiden Fällen, bei Nachtragskrediten zu Verpflichtungskrediten zumeist bzw. bei Nachtragskrediten zu Budgetkrediten immer, das Stadtparlament zuständig ist. Im (seltenen) Fall eines mittels besonderen Beschlusses zu gewährenden Nachtragskredits (zu einem Verpflichtungskredit) ist eine Einzelvorlage dagegen zwingend.

Für auf einem falschen Konto budgetierte Posten muss kein (Budget-)Nachtragskredit beantragt werden. Diese Kredite wurden mit dem Budget für ein bestimmtes Vorhaben bewilligt. Die Differenz kann mit der Rechnung begründet werden.

²³ So Yvo Hangartner/Andreas Kley/Nadja Braun Binder/Andreas Glaser, Die demokratischen Rechte in Bund und Kantonen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Basel/Zürich 2023, N 1831 ff. Vgl. auch Urteil BGer 1P.547/2001 vom 11. März 2002, E. 3.4, Saile/Burgherr/Loretan, N 712 ff., sowie die Regelung im bisherigen Art. 65 Abs. 2 Gemeindeordnung: «Wird eine wiederkehrende Ausgabe erhöht, so unterliegt nur die Mehrausgabe den Bestimmungen über das Referendum».

²⁴ Vgl. auch Saile, a.a.O., S.183 FN 58.

²⁵ Dies im Unterschied namentlich zur Regelung im Kanton Zürich, vgl. Saile / Burgherr / Loretan, a.a.O., N 687.

Nachtragskredite sind gemäss expliziter Regelung in Art. 116 Abs. 2 GG zwingend vor der Mehrausgabe einzuholen. Entsprechend ist Art. 38 Abs. 2 Finanzreglement, wonach bei zusammengehörenden (Verpflichtungs-)Krediten ein Nachtragskredit nach der Abrechnung des letzten (Verpflichtungs-)Kredits einzuholen ist, ersatzlos zu streichen bzw. nicht in die stadträtliche Weisung zu überführen.

3.5.9 Art. 39, b) Teuerungsbedingte Mehrkosten

Die Regelung betreffend teuerungsbedingte Mehrkosten ist ohne Weiteres ersatzlos zu streichen. Dass teuerungsbedingte Mehrkosten zu keinem Nachtragskredit führen, folgt aus deren Wesen als gebundene Ausgaben, geregelt in Art. 118 GG (vgl. Ziff. 3.5.2).

3.5.10 Art. 40, c) Sonstige Mehrkosten

Diese Regelung kann ohne Weiteres gestrichen oder u. U. in die stadträtliche Weisung übernommen werden.

3.5.11 Art. 41, c) Orientierung der parlamentarischen Kommission

Die Orientierung des Stadtparlaments bei Mehrkosten wird, als gemeindeintern zu klärende Frage des Zusammenspiels zwischen Stadtrat bzw. Stadtverwaltung und Stadtparlament, weder im Gemeindegesetz noch im Handbuch RMSG explizit geregelt. Durch die ersatzlose Streichung von Art. 41 Abs. 1 Finanzreglement verliert diese Informationsbestimmung zugunsten des Stadtparlaments ihre gesetzliche und damit zwingende Natur, zumal der Stadtrat frei ist bezüglich Übernahme in die stadträtliche Weisung. Die Regelung in Art. 41 Abs. 2 Finanzreglement, wonach der Stadtrat bei grösseren Projektänderungen die parlamentarische Kommission immer zu orientieren hat, ist dagegen nicht zu übernehmen: Sofern an einem Projekt Änderungen vorgenommen werden müssen, die mit dem Kreditbeschluss festgelegte, das Vorhaben als Ganzes bestimmende Elemente betreffen, wird der Kredit nach neuer Rechtsauffassung hinfällig und muss neu beantragt werden (vgl. Kapitel 3.5.3).

3.5.12 Art. 42, Budgetkredit

Der Begriff «Budgetkredit» findet sich aus den erwähnten Gründen nicht im Gemeindegesetz. Im Handbuch RMSG wird der Budgetkredit zwar erwähnt, eine Definition im Sinne des geltenden Art. 42 Finanzreglement ist jedoch nicht vorhanden. Immerhin lässt sich aus Art. 117 Abs. 2 GG die Regelung in Art. 42 Abs. 2 Finanzreglement ableiten, wonach Budgetkredite der Laufenden Rechnung für Ausgaben, welche einer besonderen Beschlussfassung bedürfen, die bei der Aufstellung des Voranschlages noch aussteht, gesperrt bleiben, bis die Rechtsgrundlage in Kraft tritt.

3.5.13 Art. 43, Nachtragskredite, a) Begriff und Einholung

Der Nachtragskredit wird neu allein in Art. 116 Abs. 2 GG geregelt, wobei darunter sowohl die Zusatzkredite (zu Verpflichtungskrediten) als auch die Nachtragskredite (zu Budgetkrediten) subsumiert werden (vgl. Ziff. 3.5.1). Die grundlegenden Bestimmungen aus Art. 43 Abs. 1 Finanzreglement – Einholung eines Nachtragskredits bei Nichtausreichung des (Budget-)Kredits vor dem Eingehen einer Verpflichtung – finden sich dabei auch explizit in Art. 116 Abs. 2 GG. Aus diesem Grund ist zudem Art. 43 Abs. 2 Finanzreglement betreffend Abrechnung von Kreditüberschreitungen mittels Sammelkreditbegehrens bei Abnahme der Jahresrechnung als unvereinbar mit Art. 116 Abs. 2 GG ersatzlos zu streichen bzw. nicht in die stadträtliche Weisung zu überführen.

3.5.14 Art. 44, b) Ausnahmen

Bei den genannten Ausnahmetatbeständen handelt es sich oftmals um Beispiele für gebundene Ausgaben, welche vom Stadtrat ohne Kredit als gebunden erklärt werden. Aus diesem Grund kann Art. 44 Finanzreglement ersatzlos aufgehoben werden.

3.6 Kapitel 6: Finanzielle Führungsinstrumente

3.6.1 Allgemeines

Die Bestimmungen im bisherigen Kapitel 6 des Finanzreglements mit der Überschrift «Instrumente der Haushaltsführung» enthalten mehrheitlich keine Regelungen, die über das in den einschlägigen Bestimmungen des Gemeindegesetzes, dessen Ausführungserlassen und den Materialien Geregelter hinausgehen. Entsprechend erscheint eine ersatzlose Aufhebung, unter teilweiser Überführung in eine stadträtliche Weisung, als angezeigt.

3.6.2 Art. 45, Investitionsplan / Art. 46, Finanzplan

Sowohl der Investitionsplan (Art. 45 Finanzreglement) als auch der Finanzplan (Art. 46 Finanzreglement) werden in Art. 122 GG geregelt. Allerdings hält Art. 122 GG lediglich die Mindestvorgaben fest. In der Ausgestaltung der Finanzplanung sind die Gemeinden weitgehend frei. Da es sich bei der Finanzplanung in erster Linie um ein Führungs- und Koordinationsinstrument der Exekutive handelt, ist die konkrete Ausgestaltung unter Beachtung der Mindestvorgaben (Art. 122 GG) den einzelnen Gemeinden überlassen.²⁶ Diese Ausgestaltung hat jedoch nicht zwingend in einem Finanzreglement zu erfolgen, sondern lässt sich auch bspw. im Geschäftsreglement des Stadtrats bzw. des Stadtparlaments vom 14. September 2004 (SRS 151.1) oder in einer städträtlichen Weisung konkretisieren. Im Bericht zum Postulat «Einführung eines Integrierten Aufgaben- und Finanzplans (IAFP)» hat der Stadtrat die Einführung eines IAFP auf das Budget 2025 in Aussicht gestellt (Vorlage Nr. 2880 vom 6. Juni 2023).

3.6.3 Art. 47, Budgetrichtlinien

Die in Art. 47 Finanzreglement explizit geregelte Budgetrichtlinienkompetenz des Stadtrats findet im Gemeindegesetz keine explizite Erwähnung. Sie lässt sich jedoch ohne Weiteres aus Art. 90 Abs. 1 Bst. b GG i.V.m. Art. 40 Abs. 2 Ziff. 9 Gemeindeordnung (in revidierter Fassung) ableiten.

3.6.4 Art. 48, Voranschlag / Art. 49, Jahresrechnung

Art. 113 ff. bzw. Art. 107 ff. GG regeln die finanziellen Führungsinstrumente «Budget» und «Jahresrechnung» eingehend, weshalb Art. 48 f. Finanzreglement ersatzlos aufgehoben werden können.

Die Stadtpräsidentin:
Maria Pappa

Der Stadtschreiber-Stellvertreter:
Dario Schönenberger

²⁶ Handbuch RMSG, 15.2.

Beilage:

- Nachtrag V zum Reglement über den Finanzhaushalt der Stadt St.Gallen (Finanzreglement; SRS 811.1)